



HESSISCHER LANDTAG

28.01.2015

Plenum

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Zweiten Berichts des
Haushaltsausschusses
Drucksache 19/1505 zu Drucksache 19/1228 zu Drucksache 19/1001**

**Inhalt des Antrags: Nicht an öffentlicher Sicherheit sparen: Polizisten auf
die Straße, nicht in die Schreibstuben**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 81 Polizeibehörden
Buchungskreis: 2290

Produktnummer lt. Leistungsplan 1-4

Bezeichnung lt. Leistungsplan Alle Produkte

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Der Stellenplan ist wie folgt anzupassen:
Mittlerer Dienst (001) + 19,5 Stellen
Einfacher Dienst (001) + 10 Stellen

Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
428	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	135.797.000	+663.800	136.460.800

Kameraler Haushaltsabschluss:

Beträge in EUR

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 4	801.541.400	+663.800	802.205.200
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-1.409.053.500	-663.800	-1.409.717.300

Der Wirtschaftsplan und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Im Rahmen der Salafismusanhörung haben die hessischen Polizeiverbände klargestellt, dass für ein effektives Vorgehen gegen radikal-islamische Gruppierungen eine entsprechende personelle Ausstattung der Polizei unerlässlich ist. Während in anderen Bundesländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen als Reaktion auf die islamistischen Terroranschläge von Paris die Sicherheitsbehörden teilweise erheblich personell aufgestockt werden sollen, schafft die hessische Landesregierung 29,5 Verwaltungsstellen bei der hessischen Polizei ab und bürdet somit den Vollzugsbeamten wieder Verwaltungsaufgaben auf. Diese Einsparungen sind äußerst bedenklich, da die Arbeitskraft der Polizisten bei Ermittlungen und beim Dienst auf der Straße benötigt, nicht jedoch in Schreibstuben.

Neben den 29,5 Stellen, die in diesem Jahr gestrichen werden, plant die Landesregierung einen weiteren Abbau bei der hessischen Polizei von 147,5 Stellen bis 2018. Auch die 65 „zusätzlichen“ Beamten für den Staatsschutz, die ab Februar in den Polizeipräsidien und dem Hessischen Landeskriminalamt eingesetzt werden sollen, sind keine zusätzlichen Polizisten: Es handelt sich dabei lediglich um eine Personalumschichtung aus der Bereitschaftspolizei, die dadurch weiter geschwächt wird. Vor dem Hintergrund der Bedrohungslage wird deshalb vom Stellenabbau bei der hessischen Polizei Abstand genommen, damit die hessischen Polizisten ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen können.

Wiesbaden, 27.01.2015

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende

Florian Rentsch